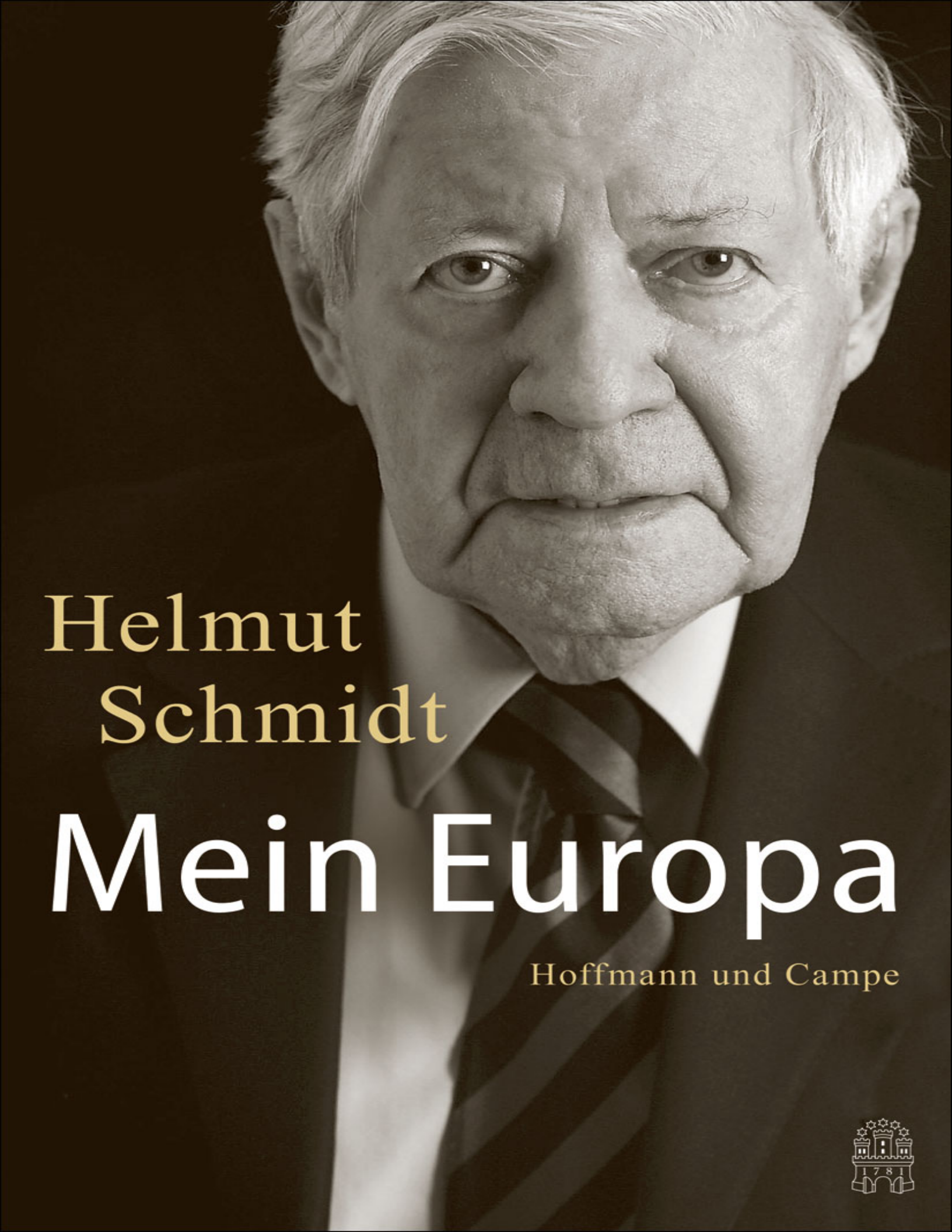

Helmut Schmidt

Mein Europa

Hoffmann und Campe

1781

Helmut Schmidt

Mein Europa

Reden und Aufsätze

Mit einem Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Joschka Fischer
Vorwort von Matthias Naß

Hoffmann und Campe

Ein Europäer aus Vernunft Vorwort von Matthias Naß

Das Thema Europa hat Helmut Schmidt sein ganzes politisches Leben lang begleitet. Er selbst erinnert sich sehr genau daran, dass er sich schon 1948 im Parteiblatt der Hamburger SPD mit der europäischen Integration befasste. Seine beherzte Unterstützung des Schuman-Plans für eine gemeinsame Kohle- und Stahlproduktion löste bei der SPD-Führung Verärgerung aus. Fritz Heine, Vorstandsmitglied und enger Vertrauter des damaligen Parteivorsitzenden Kurt Schumacher, rüffelte die Hamburger Genossen: Ihr müsst den jungen Mann an die Zügel nehmen, der darf so etwas nicht schreiben! Die erwiderten hanseatisch stolz, bei ihnen herrsche Meinungsfreiheit! Helmut Schmidt legt Wert darauf, dass es nicht visionärer Idealismus gewesen sei, der ihn für Europa streiten ließ, sondern strategischer Realismus. Bei aller Leidenschaft: Er hielt sich für einen Europäer aus Vernunft. Und so sieht er sich heute noch.

Die in diesem Band versammelten Texte – Parlamentsreden, Vorträge, Zeitungsbeiträge, vor allem aus der ZEIT – zeigen aber auch einen Europapolitiker, der im Rückblick sagt: »Das Herz soll nicht heiß, es soll kühl sein.

Aber das Herz muss dabei sein. Der Verstand allein reicht nicht aus, um das Volk mitzureißen.«

Helmut Schmidt hatte früh begriffen, dass Deutschland nach den Verbrechen der NS-Diktatur nur durch eine Einbindung in die europäische Gemeinschaft das Vertrauen der Nachbarn zurückgewinnen konnte. Er wusste aber auch, dass sich nur ein geeintes Europa gegenüber den Weltmächten würde behaupten können, sowohl gegenüber dem Machtanspruch der damaligen Sowjetunion als auch gegenüber der »Hegemonie« der Vereinigten Staaten. Neben der Wahrung des Friedens und dem wirtschaftlichen Wiederaufstieg aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges wurde für ihn die Selbstbehauptung Europas im weltpolitischen Konzert der Großmächte das strategische Hauptargument für die politische Integration des Kontinents.

Die Sorge um die Marginalisierung eines in sich zerstrittenen Europas treibt Schmidt bis zum heutigen Tage um. »Ich halte es für möglich, dass die europäischen Staaten zu ihren alten Machtspielen zwischen Zentrum und Peripherie zurückkehren – und zwar ohne zu bemerken, dass sie sich dadurch an den äußeren Rand der Weltpolitik und der Weltwirtschaft bewegen«, schrieb er Ende 2012 in einem Leitartikel für die ZEIT.

Im 21. Jahrhundert geht es für ihn um nicht weniger als »die Selbstbehauptung der europäischen Zivilisation«. Schmidt schaut auf den wirtschaftlichen Aufstieg neuer Mächte wie China und Indien. Und er schaut auf die

demographische Entwicklung: Die Europäer werden am Ende des Jahrhunderts nur noch ungefähr fünf Prozent der Weltbevölkerung stellen. Ohne den politischen Zusammenschluss, davon ist er überzeugt, verblassten die Staaten Europas zu »Randfiguren der Weltpolitik«.

Auf dem Spiel stünde dann auch, was für Schmidt Europas größte Errungenschaft im 20. Jahrhundert gewesen ist, nämlich der Sozialstaat. Dieser aber lässt sich auf Dauer nur finanzieren, wenn Europa innovativ und damit wettbewerbsfähig bleibt. Schmidt bewundert die Dynamik der amerikanischen Wirtschaft, er ist tief beeindruckt vom Aufstiegswillen Chinas. Gegen diese beiden Supermächte könne sich nur ein geeintes Europa behaupten.

Umso mehr solle sich die deutsche Außenpolitik zurücknehmen. Mit Lust spottet Schmidt über unausgegorene Berliner Ambitionen. In der Weltpolitik lässt er den Franzosen gern den Vortritt. Die sitzen im UN-Sicherheitsrat, verfügen über Atomwaffen und haben bis heute einen ungebrochenen diplomatischen Geltungsanspruch. Den Deutschen aber empfiehlt Schmidt Bescheidenheit: »Unser Feld ist nicht die Weltpolitik und nicht die atomare Strategie, nicht Asien, nicht der Nahe und Mittlere Osten oder Afrika, sondern unsere europäischen Nachbarn sind unser Arbeitsfeld.«

Im Zentrum aller europäischen Politik bleibt für ihn das deutsch-französische Tandem. Und, so viel Eigenlob gestattet er sich gern, nie habe dieses Tandem besser

funktioniert als in der Zeit seiner freundschaftlichen Zusammenarbeit mit Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing. »Zu Zeiten von Giscard und Schmidt hat Schmidt dem Giscard keine Vorhaltungen gemacht wegen des Zurückbleibens der französischen Wirtschaft, und er hat dem Giscard auch weder das Recht auf Mitwirkung im Sicherheitsrat bestritten noch das Recht Frankreichs, nicht aber Deutschlands auf nukleare Waffen«, sagt er.

Auch de Gaulle und Adenauer, Mitterrand und Kohl bestehen vor seinem strengen historischen Urteil. Angela Merkel hält er für eine Europäerin allein des Verstandes, nicht des Herzens.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit gehört für Schmidt zu den strategischen »Grundprinzipien« der Integration Europas. Hinter dem Schuman-Plan habe bei den Franzosen außen- und sicherheitspolitisches Kalkül gestanden. »Aber sie mussten ihr Herz überwinden. Und das haben sie gemacht, sie haben ihr Herz eingebracht.«

Nach der großen Wende zu Beginn der neunziger Jahre ist die deutsch-polnische Zusammenarbeit als ein weiteres Grundelement der Integration Europas hinzugekommen. Schmidt war sich der Bedeutung Polens für Deutschland und für Europa, aber auch innerhalb Europas für das deutsch-französische Tandem stets bewusst. 1966 bereiste er Polen erstmals. Im selben Jahr wies er in seiner Rede auf dem SPD-Parteitag darauf hin, dass die friedliche Wiedervereinigung des deutschen Volkes nur im Zusammenhang mit der Wiederherstellung Europas

möglich sein würde. Als Bundeskanzler pflegte Schmidt gute, im Falle von Parteichef Edward Gierek fast freundschaftliche Kontakte zu seinen polnischen Gesprächspartnern. Auch besuchte er Auschwitz. Nach dem Ausscheiden aus den politischen Ämtern übernahm er 1995 für mehrere Jahre die Präsidentschaft des Deutschen Polen Instituts in Darmstadt.

Die historische Einzigartigkeit der europäischen Einigung stand Schmidt von Beginn an klar vor Augen. Und doch setzte er, allen Visionen abhold, auf eine Politik des bedächtigen Vorangehens, eine Politik des – wie sein Lieblingsphilosoph Karl Popper es nannte – »piecemeal engineering«. Dass es dabei immer wieder zu Rückschlägen kommen musste, kalkulierte er ein. Wie sollte es anders sein? »Europa lebt«, schrieb er 1974, »aber mir scheint, es lebt von Krisen.«

Dafür sorgten schon die Briten, die dabei sein, aber nicht richtig dazu gehören wollten. De Gaulle hatte sich in den sechziger Jahren gegen den britischen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft gesperrt. Der kam dann doch 1973. Aber in Großbritannien blieben die Reserven gegen den »Kontinent« groß, bei den Konservativen genauso wie in der Labour Party.

Auf einem Labour-Parteitag im November 1974 warb Helmut Schmidt um die Zweifler auf dem linken Flügel der Schwesterpartei – ausdrücklich nicht als Bundeskanzler, sondern als deutscher Sozialdemokrat. »Geboren und aufgewachsen in der alten Schifffahrts- und Handelsstadt

Hamburg, die sich zuweilen britischer benimmt als die Briten selbst, bin ich immer ein Bewunderer der glorreichen Traditionen und Tugenden britischer demokratischer Institutionen gewesen.«

Die Briten sind Mitglieder der Gemeinschaft geblieben, aber zu Europäern aus heißem oder auch nur kühlem Herzen sind sie nicht geworden. Es sei ihm schon klar, schrieb Helmut Schmidt 1984, für viele in der politischen Klasse Großbritanniens sei »nach wie vor der Kanal breiter als der Atlantik«.

Dabei kann Schmidt die britische Kritik an der Europäischen Union gut nachvollziehen. In vielem teilt er sie ja. Niemand wütet so schön wie er über Bürokratismus und Zentralismus in Brüssel. Hohn und Spott gießt er über die Kommissare aus, die »sich immer um die drittrangigen Probleme kümmern, manchmal um die zweitrangigen und nie um die erstrangigen Probleme«. Zum Beweis hält er dann gern eine Zigarettenschachtel in die Höhe mit der aufgedruckten Warnung vor den Gefahren des Rauchens!

Diese Union, die nach seinem Urteil viel zu schnell gewachsen ist, braucht eine Reform an Haupt und Gliedern, davon ist er überzeugt. Man stelle sich einen Dax-Konzern mit 28 Vorstandsmitgliedern vor, schimpft er. Zum Schießen! Würde nie funktionieren! Und deshalb seien auch 28 Kommissare in Brüssel der reine Unfug.

Eine der wichtigsten institutionellen Reformen, derer die EU dringend bedürfe, müsse deshalb die Verkleinerung der Kommission sein, von 28 Kommissaren auf »maximal

zwölf«. Zweitens müsse die Einstimmigkeit im Europäischen Rat zugunsten des Mehrheitsprinzips abgeschafft werden. Und drittens müssten die Stimmgewichte unter den Mitgliedsländern neu aufgeteilt werden.

Diese drei Schritte sind für Schmidt das absolute Minimum, um die Arbeitsfähigkeit der EU zu erhalten. Zwei andere Dinge liegen ihm besonders am Herzen. Zum einen brauche das Europäische Parlament mehr Macht. Ja, es müsse sich diese nehmen! Es müsse aufbegehren, einen richtigen Aufstand gegen die Regierungen der einzelnen Staaten und gegen die Kommission proben, nur so könne das demokratische Defizit, an dem Europa leide, überwunden werden.

Zum anderen sei die Europäische Union viel zu schnell erweitert worden. Damit müsse nun Schluss sein! Und schon gar nicht dürfe die Türkei Mitglied der EU werden. Nicht nur, weil ihre Bevölkerung schneller wachse als die jedes EU-Landes und die Türkei bald der größte Mitgliedsstaat wäre. Sondern vor allem, weil die Türkei einem anderen Kulturkreis angehöre. Wie wolle man den Marokkanern versagen, was man den Türken gestatte?

Nein, eine Aufnahme der Türkei oder auch der Ukraine oder gar Weißrusslands, das scheint ihm »ganz abwegig« zu sein.

Schon die heutige Größe der Union überfordere viele Europäer. Für viele sei die EU ein abstraktes Gebilde, ihr Herz hänge weiter an der Nation. Schmidt hat immer de

Gaulles Wort vom »Europa der Vaterländer« gefallen. Der Nationalstaat bleibt für ihn »der bei weitem wichtigste Ankergrund für die politische Selbstidentifikation der Bürger Europas«.

Allerdings, die Zeit nationaler Währungen ist für ihn vorbei. Helmut Schmidt ist einer der Väter des Euro, und Zweifel an der Gemeinschaftswährung haben ihn nie beschlichen. Sie sei vielmehr »ein wichtiger Schritt nach vorn« für die weitere Integration Europas. Denjenigen, die öffentlich über ein Auseinanderbrechen der Eurozone spekulieren, bescheinigt er fehlende Weitsicht. Schwere wirtschaftliche und politische Verwerfungen seien bei einem Rückfall in nationale Währungen vorhersehbar. Eine »Euro-Krise« gibt es aus seiner Sicht nicht, wohl aber eine sehr ernste Staatsschulden- und Bankenkrise. Die Währung selbst sei nach innen wie nach außen stabiler als der US-Dollar. Und ganz gewiss werde der Euro gemeinsam mit dem Dollar und dem chinesischen Renminbi zu den drei Weltwährungen des 21. Jahrhunderts gehören.

Trotz der Erfolge in der Währungspolitik ist Schmidt über die Entwicklung Europas ernüchtert. Die Integration hat aus seiner Sicht mit dem Vertrag von Maastricht 1992 ihren Höhepunkt erreicht – und überschritten. Seitdem stagniere Europa. »Ich bin skeptisch geworden im Laufe der neunziger Jahre. Als ich gesehen habe, dass Frankreich und Deutschland nicht mehr an ein und demselben Strang ziehen wollten.«

Und doch. Am Zusammenschluss der Europäer, für den er seit sechs Jahrzehnten streitet, hält er mit Leidenschaft fest. Auch wenn er auf die Frage, ob Europa zu dem geworden sei, was er sich 1948 vorgestellt habe, mit einem knappen »Nein« antwortet.

Zwei Helden, zwei Vorbilder hat der Europäer Helmut Schmidt. Winston Churchill ist der eine, der gleich nach dem Zweiten Weltkrieg Franzosen und Deutsche zur Aussöhnung aufrief und der schon 1946 in Zürich die Vereinigten Staaten von Europa beschwor – zu denen Großbritannien allerdings nicht gehören sollte.

Der andere ist Jean Monnet, jener Franzose, der ohne Regierungsauftrag die gedanklichen Grundlagen für die deutsch-französische Zusammenarbeit legte und der dem Schuman-Plan zum Durchbruch verhalf. Monnets Vision sei noch heute gültig, schrieb Schmidt 1978 im Vorwort zu den Erinnerungen Monnets. Von ihm könnten die Europäer lernen, »dass wir uns dem hochgesteckten Ziel nicht in großen Integrationssprüngen nähern können, sondern in hartem Bemühen der zähen Wirklichkeit Fortschritte abringen müssen«.

Aber in seiner Ahnengalerie großer Europäer sind ihm noch zwei weitere Namen wichtig. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, der in Japan geborene tschechische Diplomatensohn, Schriftsteller und Politiker, der 1924 die Paneuropa-Union gründete. Und lange vor ihm, Mitte des 19. Jahrhunderts, setzte Frankreichs großer Schriftsteller

Victor Hugo seine Hoffnungen auf die »Vereinigten Staaten von Europa«.

»Einige wenige Idealisten«, sagt Schmidt, hätten die Notwendigkeit eines europäischen Zusammenschlusses früh gesehen. Aber um ihre Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen, habe es nach dem Zweiten Weltkrieg Realisten vom Range eines Churchill und eines Monnet gebraucht. Beide bewiesen aus Schmidts Sicht jene politische Führung, ohne die es in Europa nicht vorangehe. Visionen allein bewirkten nichts. Sie müssten sich mit politischer Entschlusskraft paaren.

Und mit Geduld. »Die Geschichte hat einen langen Atem. Das epochale Werk der Einigung Europas braucht seine Zeit.« Auch das hat ihn Jean Monnet gelehrt, jener große Franzose, der am Beginn von Helmut Schmidts Weg nach Europa stand und der ihm bis heute ein geistiger Weggefährte geblieben ist. Denn bei aller Skepsis: Etwas Besseres, als umgeben von Freunden inmitten eines friedlichen Europas zu leben, werden die Deutschen nicht finden auf der Welt.

Ja zum Ruhrstatut: Ein frühes Bekenntnis zu Europa (1948/1949)

Zu den ersten Veröffentlichungen Helmut Schmidts zählen zwei Aufsätze zur Ruhrfrage, die er 1948/49 im Mitteilungsblatt der Hamburger Landesorganisation der SPD veröffentlichte. Im ersten Beitrag vom Juni 1948 forderte Schmidt, damals Vorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), die Zustimmung seiner Partei zu einer Internationalisierung des Ruhrgebiets, da auf Dauer nur eine europäische Regelung der Kohle- und Stahlproduktion in Betracht komme. Schmidt wusste, dass seine Forderung auf »nicht weniger als eine Revision unserer bisherigen Stellung in der Ruhrfrage« hinauslief.
Nur zögernd und um wesentliche Sätze gekürzt, druckte die Redaktion acht Monate später einen zweiten Beitrag Schmidts, in dem er die Vorzüge des Anfang 1949 verabschiedeten Ruhrstatuts erläuterte und seine Partei nochmals aufforderte, ihren nationalistischen Standpunkt in dieser Frage aufzugeben. Zwei Tage nach Veröffentlichung reagierte der SPD-Parteivorstand mit einer Rüge an den Vorstand der Landesorganisation Hamburg, dass

der Artikel »eines Genossen Helmut Schmidt in der erstaunlichsten Weise gegen den Beschluss des Parteivorstandes und des Parteiausschusses polemisiert«. Die Hamburger wiesen den Vorwurf zurück: Es handele sich bei dem monierten Artikel um einen »Diskussionsbeitrag«. Schmidt selbst wiederum beschwerte sich bei der Landesorganisation, dass besonders heikle Sätze dem Rotstift zum Opfer gefallen waren: »Sorgfältige schriftliche Kritik ist dreimal so viel wert wie oppositionelle Zehnminutenreden auf Jahresparteitagen.«

Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf dem Konzept der dritten Macht, das seit einigen Monaten, zunächst in Frankreich geschaffen, auf dem Wege über die Labour Party in das Bewusstsein eines größeren Teils der politisch denkenden Europäer eingedrungen ist. Dabei wird nicht beabsichtigt, sich mit den teilweise weitgehend variierenden Vorstellungen auseinanderzusetzen, sondern es soll allein die Möglichkeit eines praktischen Beitrages behandelt werden, die der deutschen Sozialdemokratie heute gegeben scheint.

Bei der großen Geschwindigkeit, mit der seit Kriegsende die Machtverhältnisse der Welt sich zu dem heutigen System der Ost-West-Polarisation zugespitzt haben, und angesichts der Schnelligkeit, mit der sie sich in dieser Richtung laufend weiter versteifen, wird deutlich, dass die

Konsolidierung Europas als eines die dritte Kraft darstellenden Gesamtkörpers nicht der geruhsamen Entwicklung von Generationen oder auch nur von Jahrzehnten überlassen werden darf, wenn immer sie noch rechtzeitig wirksam werden soll. Nur bei schnellem gemeinsamen Handeln zur Erreichung der gemeinsamen Ziele besteht die Hoffnung, dass eine starke politische und wirtschaftliche Vereinigung Resteuropas auf den Feldern der Weltwirtschaft wie der Weltpolitik rechtzeitig ein so starkes Gewicht erlangen kann, dass sie die Balance zwischen Ost und West zu halten vermag. Attlee hat diesen Sachverhalt kürzlich in einem Satz zusammengefasst: »Sich einigen oder untergehen.«

Es kann für uns kein Zweifel bestehen, dass die dritte Kraft nur unter sozialistischer Initiative zustande kommen wird. Die augenblickliche Föderationsfreudigkeit konservativer Führer wie Churchill entspringt rein defensiven Überlegungen und wird den Aufbau eines einheitlich wirtschaftenden Körpers nicht befruchten.

Es ist klar, dass der Zusammenschluss von jedem einzelnen Lande Opfer verlangt. Die allgemeine Vertrauenskrise bewirkt aber, dass niemand zuerst etwas zugunsten des gemeinsamen Topfes aufgeben will: Weder der eine ein Stück seines hohen Lebensstandards, noch der andere sein mühsam funktionierendes Wirtschaftssystem, noch der dritte seine Ansprüche auf politische oder wirtschaftliche Souveränität. In dieser Situation ist die Ruhrfrage zum neuralgischen Punkt geworden. Weder war

die Londoner Sechs-Mächte-Konferenz in der Lage, die Gegensätze zwischen der französischen und amerikanischen Auffassung zu einem Kompromiss zu bringen, noch konnte die Konferenz der sozialistischen Parteien der Marshall-Länder Ende April in Paris zu einer Einigung kommen. Man verschob die Entscheidung bis zur nächsten Konferenz der sozialistischen Parteien Anfang Juni in Wien.

An diesem Punkt kann die deutsche Sozialdemokratie einen entscheidenden Beitrag leisten und den Weg für das Zustandekommen einer europäischen Planungszentrale erleichtern: Es handelt sich um nicht weniger als eine Revision unserer bisherigen Stellung in der Ruhrfrage.

Bisher haben wir einer Internationalisierung des Ruhrgebietes nur zustimmen wollen, wenn gleichzeitig auch die übrigen europäischen Schwerindustrien internationaler Lenkung unterstellt würden. Wir haben eine Sozialisierung auf nationaler Basis gefordert und haben uns dabei vielleicht auch lenken lassen von der Erinnerung an die Jahre nach 1918, in denen die Sozialdemokratie es angeblich versäumt hat, die »berechtigten deutschen Forderungen« entschieden genug zu vertreten, was die Abwanderung der Wähler nach rechts zur Folge hatte. Diese Erinnerungen haben zu einer sterilen Außenpolitik geführt, ganz zu schweigen von der Gefahr nationalistischer Infiltration, der die Anhänger unserer Partei infolge unserer scharfen und unnachgiebigen Sprache in der Ost- wie in der Ruhrfrage ausgesetzt sind.

Was das Ruhrgebiet angeht, so sollten wir uns darüber klar sein, dass, sofern die dritte Macht Europa nicht zustande kommt, auch eine Ruhrindustrie unter pseudodeutscher Lenkung (und das wäre ja doch das Höchste, was wir dem amerikanischen Kapital gegenüber erreichen könnten!) das allgemeine Siechtum der übrigen europäischen wie auch der deutschen Volkswirtschaft und den politischen Verfall nicht im Geringsten beeinflussen kann. Wir sollten weiter uns daran erinnern, wie außerordentlich viel unsere französischen Genossen, an der Spitze Blum und Grumbach, seit dem Kriege für uns getan haben und dass die Sozialisten der westeuropäischen Länder bereits im März 1945 in London gemeinsam den Plan einer internationalen Kontrolle der Ruhrindustrie beschlossen – im auffälligen Gegensatz zur tatsächlichen Politik ihrer Länder, die damals noch die Reagrarisierungsidee Morgenthaus verfolgten. Wenn wir dafür den Franzosen heute entgegenkommen würden, so wird das nicht nur dem Zustandekommen einer wirtschaftlichen Koordinierung Resteuropas dienen, sondern darüber hinaus die gefährdete Position der sozialistischen Partei Frankreichs stärken und eine gute Hilfe für die Beruhigung des deutsch-französischen Problemes leisten, das im Bewusstsein der öffentlichen Meinung Frankreichs verständlicherweise noch immer unter den wichtigsten Lebensfragen rangiert.

Wir wissen, dass die Sozialisierungsberatungen im nordrhein-westfälischen Landtag eine Propagandaaffäre

bleiben werden und dass die englische Regierung nicht in der Lage ist, die dort etwa beschlossenen Gesetze über die Ruhrindustrie zu sanktionieren. Unsere Hoffnung, dass die englische Regierung sich mit ihren bisher ausschließlich theoretischen Sozialisierungsabsichten gegenüber der amerikanischen Regierung durchsetzen kann, erscheint heute geringer denn je. Die einzige Chance zu verhüten, dass die Ruhr wieder in kapitalistische Hände gerät, seien es deutsche oder amerikanische, ist eine »internationale Nationalisierung« (Leon Blum) im Rahmen der Marshall-Länder. Hierbei sollte die amerikanische Beteiligung nicht größer sein, als sie dem Interesse der amerikanischen Besatzungszone Westdeutschlands entspricht. Die Frage einer Beteiligung Sowjetrusslands braucht heute nicht mehr diskutiert zu werden.

Diese Überlegungen führen zu folgendem Vorschlag: Unsere Partei sollte bei Gelegenheit der nächsten Konferenz den sozialistischen Parteien der Marshall-Länder einen ausgearbeiteten Entwurf über eine internationale Lenkung und Kontrolle der Geschäftsführung der Kohle- und Stahlproduktion in Nordrhein-Westfalen vorlegen. Der Plan sollte bezüglich der Zusammensetzung der Lenkungs- und Kontrollbehörden von den Vorstellungen über die Durchführung einer Sozialisierung ausgehen, wie sie heute in den sozialistischen Parteien der Marshall-Länder und Westdeutschlands vorhanden sind, insbesondere sollte starkes Gewicht auf die Stellung der Gewerkschaften der beteiligten Länder und unabhängig davon auf den Einfluss

der Ruhrarbeiterschaft gelegt werden. Der Plan sollte die Frage der Gewinnverteilung, eine allgemeine Regelung der Reparationen und den Modus der Festsetzung der Kohlenkontingente der zu erwartenden Planungszentrale der Marshall-Länder vorbehalten.

Bei diesem Vorschlag wird nicht übersehen, dass er nicht ohne Konsequenzen für die Stellung unserer Partei innerhalb der deutschen Öffentlichkeit bleiben wird. Ein solcher Schritt erfordert ausführliche und wiederholte Begründung. Aber gegenüber der Gefahr des Verlustes unserer nationalistischen Mitläufer steht die Möglichkeit, endlich die Periode der eigenen Forderungen an das Ausland zu überwinden und statt ihrer einen positiven Beitrag zur Konsolidierung Europas zu geben. Darüber hinaus werden wir der Zurückdrängung der kapitalistischen Einflüsse aus Amerika dienen und unsere Front auch nach dieser Seite hin klären – und das scheint heute nicht weniger wichtig als der propagandistische Kampf gegen den Bolschewismus.

Acht Monate später, nach Bekanntgabe des Ruhrstatuts

Die deutsche Reaktion auf die Bekanntgabe des sogenannten Ruhrstatuts erfolgte unverzüglich. Noch ehe die Zeitungsleser in der Welt wirklich einen gründlichen Blick auf den umfangreichen Entwurf dieses Vertrages und auf das begleitende Londoner Schlusskommuniqué geworfen hatten, wurde ihnen bereits berichtet, dass Presse und Politiker in Deutschland – von den

Kommunisten bis zu den ganz rechten Splittergruppen – sich einig seien in ihrer demonstrativen Ablehnung. Dabei waren zwar die Argumente in den deutschen Stellungnahmen verschieden, auch gab es Variationen des zugrundeliegenden Impulses: Enttäuschung, Verbitterung, Misstrauen, Empörung, Hass; aber der allgemeine Eindruck war der eines einheitlichen Aufbegehrens.

Erst einige Tage später begannen sich bei uns auch einige andere Stimmen zu regen – Max Brauers Rede war eine der ersten unter diesen. Aber die Rückwirkungen, die die voreiligen und im Ton oft anmaßend scharfen Erklärungen bereits erzielt hatten, waren und sind nur sehr schwer wieder zu korrigieren. Das gilt für die Rückwirkungen sowohl im Ausland als auch im Inland. Das Ergebnis für die öffentliche Meinung im Inlande war Folgendes: Der Zeitungsleser gewann den Eindruck, dass zwar die deutschen Kommunisten in eklatanter Weise aus der ganzen Sache Kapital zu schlagen suchten, indem sie kräftig auf die nationalistische Kesselpauke schlugen – die Summe der übrigen deutschen Stellungnahmen aber bestimmte ihn bereits in den letzten Tagen des vergangenen Jahres zu der Meinung, dass das Statut tatsächlich nur ein Kompromiss zwischen eigennützigen Ansprüchen der Signatarmächte sei, der ausschließlich auf unserem Rücken zustande gebracht und anschließend notdürftig ein wenig auf europäisch frisiert worden war. Diese Meinung hat sich bei uns weitgehend festgesetzt. Das ist sehr zu bedauern, denn diese Meinung ist falsch

und gefährlich. Falsch, weil sie höchstens die Hälfte der Tatsachen erfasst; und gefährlich, weil sie die zukünftigen Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Westeuropa beeinträchtigen kann.

Mit Ruhe und Überlegung durchgelesen führt das Statut zu dem Schluss, dass es gute und schlechte Seiten hat. Zu seinen guten Seiten gehört die weitgehende Befriedigung der französischen Ansprüche auf Gewährleistung von Sicherheit. Hier wird ein Anfang gemacht mit dem Abbau jener Angstvorstellungen, die bisher das schwerwiegendste Hindernis auf dem Wege der europäischen Zusammenarbeit gewesen sind. Zu den Vorzügen gehört weiter die ausdrückliche Verknüpfung der Ruhrbehörde mit der Planung der OEEC (der Pariser Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Marshallplan-Staaten). Wenngleich diese Verkoppelung nur an einer Stelle des Dokuments in Erscheinung tritt, so ist doch der Versuch deutlich, durch diesen Einbau der Ruhrbehörde in die gesamteuropäische Planung die Ruhr über den Interessenkreis der Ruhrsignatarmächte hinauszuheben. Für den Erfolg wird es weitgehend darauf ankommen, wie weit die OEEC in Zukunft eine gemeinsame Wirtschaftsplanung durchsetzen und den gegenwärtigen Zustand überwinden kann, in dem sie mehr oder weniger bloß eine gemeinsame Verteilungsstelle für Marshallhilfe darstellt.

Auch in anderen Punkten wird die Auswirkung des Ruhrstatuts vom allgemeinen Fortschreiten der

europäischen Zusammenarbeit abhängen. So können zum Beispiel die weitgehenden Rechte zur Kontrolle der gesamten deutschen Schwerindustrie, statt – wie viele Deutsche heute fürchten – ein bloßes Mittel zur Niederhaltung der deutschen Wirtschaft zu sein, sich als selbstverständlich notwendige Voraussetzungen für gesamteuropäische Wirtschaftsplanung bewähren.

Es ist sogar durchaus denkbar, dass die übrigen europäischen Staaten der OEEC ähnliche Rechte einräumen werden; sobald nämlich demnächst sich die Erkenntnis Bahn brechen wird, dass die Entgegennahme der Marshallhilfe allein den einzelstaatlichen Volkswirtschaften nicht wieder auf die Beine hilft, sondern dass darüber hinaus gemeinsame Planung von Produktion und Außenwirtschaft nötig ist.

Was übrigens die Befürchtung der Niederhaltung der deutschen Wirtschaft angeht, so muss noch bemerkt werden, dass das Dokument nichts über etwaige Produktionsbeschränkungen sagt, wie das bis dahin noch in allen vorhergehenden Plänen für die deutsche Wirtschaft der Fall gewesen war. So wird auch die 10,7-Millionen-Tonnen-Obergrenze für die Stahlerzeugung nicht erwähnt, sondern diese Dinge sind praktisch der Entwicklung anheimgestellt.

Das Statut steckt den staatsrechtlichen Rahmen für Zuständigkeit und Beschlussfassung der Ruhrbehörde ab; es enthält keine definitiven Bestimmungen über die deutsche Wirtschaft. So wird die Zukunft der deutschen

Wirtschaft nicht vom Statut abhängen, sondern von denjenigen, die diese Verfassung handhaben werden, und von dem Geist, der ihre Handlungen tragen wird. Das ist bei jedem Grundgesetz so: die besterklügelte Verfassung kann wirkungslos bleiben, wenn die richtigen Menschen fehlen – und eine mangelhafte Verfassung kann gute Dienste tun, wenn sie mit rechtem Geiste erfüllt wird. Für den zukünftigen Geist der Ruhrbehörde wird ihre innere Gewichtsverteilung bedeutsam sein. Bei der Stimmenverteilung und den vorgeschriebenen Mehrheiten ist bemerkenswert, dass (außer in Artikel 13, der sich mit Konstituierung und Verfahrensordnung befasst, für die zwölf Ja-Stimmen vorgeschrieben sind) an keiner Stelle ein Vetorecht versteckt ist, das einer einzelnen Macht bestimmenden Einfluss sichern könnte.

Das Statut trifft keine irgenwie gearteten vorsorglichen Bestimmungen über eine zukünftige Sozialisierung. Tatsächlich wird die Eigentumsfrage nur sehr knapp gestreift: es sollen keine Eigentumsrechte gestattet werden, die eine übermäßige Konzentration wirtschaftlicher Macht darstellen würden. Dieser Artikel kann zu gegebener Zeit gegen eine Sozialisierung ins Feld geführt werden. Das ist besonders bedenklich, weil trotz der gleichmäßigen Stimmenverteilung die sozialisierungsfeindlichen USA einen starken Einfluss haben werden; dieser Einfluss wird seinen Weg über den Marshallplan-Administrator und die OEEC sowie über jene vielen Bestimmungen des Statuts nehmen, die in

Streitfällen den Besatzungsbehörden das letzte Wort einräumen.

Mit der Durchführung des im nordrhein-westfälischen Landtag beschlossenen Gesetzes kann daher nur gerechnet werden, wenn das zukünftige westdeutsche Parlament über eine starke linke Mehrheit verfügen sollte oder wenn die Bonner Verfassung und das Besatzungsstatut einen Volksentscheid über diese Frage ermöglichen. Die Offenhaltung dieser Möglichkeit ist lebenswichtig. In der Zwischenzeit muss mit großer Wachsamkeit die Auswahl der deutschen Ruhrtreuhänder und deren Tätigkeit kontrolliert werden.

To make the best of it (»Versuchen wir, das Beste herauszuholen!«) – so würde man in England sagen. Der wichtigste Ausgangspunkt jeder deutschen Politik ist, dass Deutschland nur gesunden kann, wenn Westeuropa gesundet – hierzu ist die Erhaltung und die Mitarbeit der französischen Mitte nötig. Die Ruhrbehörde kann ein Schritt auf diesem Wege sein, es gilt alle Möglichkeiten zu nutzen, die in ihr liegen. Verbitterung und Empörung zu schüren, kann diese Möglichkeiten nur verschlechtern. Wer eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens wünscht, muss Enttäuschungen verwinden können – und nur wer selber nachzugeben bereit ist, hat ein Recht, vom andern die gleiche Bereitschaft zu fordern. Die jüngste Entschließung der Sozialisten des Seine-Departements unter der Führung Marceau Piverts ist im Geiste internationaler Solidarität ein gutes Omen für die künftige

Entwicklung des Problems: sie fordert internationale Kontrolle der gesamten westeuropäischen Schwerindustrie.

Auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion

Vom Élysée-Vertrag (1963) bis zum Vertrag von Maastricht (1992)

Eine Wende in den deutsch-französischen Beziehungen (1967)

Mitte der sechziger Jahre erlebte die europäische Integration einen ersten herben Rückschlag: Frankreich betrieb im EWG-Ministerrat die Politik des leeren Stuhls und trat am 1. Juli 1966, aus Protest gegen die amerikanische Hegemonie in Europa, aus dem NATO-Rat aus. Auf seiner ersten Auslandsreise im Dezember desselben Jahres versuchte der Außenminister der Großen Koalition, Willy Brandt, die aus diesen Entscheidungen de Gaulles entstehenden Spannungen zu entschärfen und dem deutsch-französischen Vertrag von 1963 »mehr politisches Leben einzuhauchen« (Brandt). Im Januar 1967 besuchten Brandt und Bundeskanzler Kiesinger de Gaulle gemeinsam. Der – bis zum Tod Fritz Erlers im Februar 1967 kommissarische – Fraktionsvorsitzende der SPD Helmut Schmidt nahm

die Aufnahme der Konsultationen zum Anlass, im Bundestag die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Frankreich zu unterstreichen. Dabei gehe es nicht nur um die gemeinsame Entwicklung und Produktion von Waffensystemen, sondern auch um den »auf die Dauer unendlich viel wichtigeren Sektor der zivilen Technologie«. Zwar könne niemand ernsthaft erwarten, dass Paris seine nukleare Souveränität preisgebe – solche Hoffnungen müssten »einstweilen in die Tiefkühltruhe gestellt werden« –, aber »wenn es eines Tages die Vereinigten Staaten von Europa geben wird«, werde dieses Europa wohl auch über eine »abgerundete gemeinsame Verteidigung« verfügen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion begrüßt die Erklärung des Bundeskanzlers und freut sich insbesondere, dass es nach einer längeren Zeit der Missstimmung zwischen beiden Regierungen gelungen ist, zu einem offenen Gespräch zu kommen. Niemand in diesem Haus hat von diesem ersten Gespräch in Paris spektakuläre Ergebnisse erwarten können. Dazu ist nicht nur die Vorbereitungszeit ein wenig kurz gewesen, sondern dafür sind auch – das muss hier offen ausgesprochen werden – zu viele Probleme zwischen beiden Regierungen ein wenig zu kontrovers. Aber ich meine, wir sollten besonders hoch einschätzen, dass von beiden Partnern klar gesagt worden ist, wo Übereinstimmungen in der Beurteilung der Lage und in

den Möglichkeiten künftigen gemeinsamen Handelns gegeben sind, und ebenso klar gesagt wurde, wo Divergenzen bestehen.

Wir wissen, dass besonders der französische Präsident diese offene Form der Konsultation schätzt, und vielleicht hat es gerade an der bisherigen Atmosphäre, die manches im Unklaren ließ, gelegen, dass sich so viele Missverständnisse und Misstöne im deutsch-französischen Verhältnis während der letzten Jahre eingeschlichen haben.

Ich persönlich glaube, dass die außenpolitische strategische Linie der französischen Regierung, des französischen Staatspräsidenten seit Jahren konsequent verlaufen ist, dass man ihr das Attribut der Folgerichtigkeit zuerkennen muss und dass man ihr infolgedessen das Attribut der Berechenbarkeit und der Vorhersehbarkeit nicht versagen darf. Nun spielt einmal das deutsch-französische Verhältnis für unsere deutsche Außenpolitik eine große Rolle. Ich glaube, es war in den vergangenen Jahren ein Fehler, dass wir uns nicht sorgfältig genug auf die vorhersehbare und vorherkalkulierbare Entwicklung der französischen außenpolitischen Linien und auf deren Erfolgschancen eingestellt haben.

Wir wissen, dass sich die gegenwärtige Bundesregierung der Bedeutung dieser französischen Komponente in unserer Außenpolitik bewusst ist. Wir glauben, dass wir davon ausgehen sollten, dass, wenn nicht etwa der vietnamesische Konflikt weltweite Konsequenzen zeitigen sollte, welche die Situation Europas beeinträchtigen

könnten – was ich für recht unwahrscheinlich halte, sondern ich glaube, dass die gegenwärtige Phase der europäischen Entwicklung andauern wird –, die französische Politik sich kontinuierlich und daher für uns im Vorwege erkennbar weiterentwickeln wird.

Für die deutsche Außenpolitik müssen wir von unseren eigenen Interessen ausgehen, aber auch davon, was die anderen für Interessen haben, was sie denken, was sie zu tun beabsichtigen, und erst aus diesen Komponenten zusammen ergeben sich die Möglichkeiten zur Verwirklichung unserer eigenen politischen Ziele. Couve de Murville [Außenminister Frankreichs] hat kurz vor dem Besuch des Bundeskanzlers und des Außenministers in Paris in einem Interview gesagt, Außenpolitik habe nichts mit Launen und Neigungen zu tun, sie beruhe vielmehr auf den Interessen und auf den Idealen des jeweiligen Landes, und sie müsse den jeweiligen Umständen, d.h. vor allem den außenpolitischen Gegebenheiten Rechnung tragen. Sie beruht auf den Interessen und den Idealen! Diese Feststellung aus dem Munde von Couve de Murville gilt für Frankreich, sie gilt ganz genauso für Deutschland und für uns. Je mehr und je klarer wir die Interessen des Partners und unsere eigenen Interessen erkennen und aussprechen, umso deutlicher wird, wo etwa Interessen differieren, d.h. wo man klugerweise die Verschiedenartigkeit der Auffassungen zu respektieren hat. Umso deutlicher wird andererseits auch, wo die Interessen konvergieren, zusammenlaufen oder wo sie aufeinander abgestimmt